

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN DEUTSCHLAND: EINE ERFOLGSGESCHICHTE, DIE AUF FORTSETZUNG ANGELEGT IST

Heiner Keupp

Festvortrag aus Anlass des 10jährigen Jubiläums der lagfa-Bayern am 04.12.2008 in München

Obwohl sich in der Bundesrepublik eine zivilgesellschaftliche Infrastruktur immer besser entfaltet, Freiwilligenmessen großen Zulauf erfahren, Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser und andere Projekten, die vom bürgerschaftlichen Engagement getragen sind, sich deutlich vermehren und Zulauf haben, hatte man in den letzten Monaten nicht gerade den Eindruck, als würde dem Freiwilligensektor eine besondere politische Wertschätzung entgegengebracht werden. Da mußte man eine zeitlang um die Bundeszuschüsse für NAKOS bangen und man konnte nicht genau einschätzen, warum vom BMJFFS eine neue Kampagne „ZivilEngagement“ geplant war. War man mit den Aktivitäten des BBE unzufrieden, sollte eine neue politische Orientierung durchgesetzt werden? All diese Fragen sind jedoch durch die Aktivitäten zur Verhinderung einer großen Weltwirtschaftskrise, die unverändert droht, aus dem Aufmerksamkeitszentrum verschwunden. Fast alle Themen werden dadurch von der politischen Agenda verdrängt. In den Koalitionsvertrag der neuen bayerischen Regierung ist gerade noch vor der finanzwirtschaftlichen Torchlusspanik folgender erstaunliche Satz hinein geraten: „Wir werden die Beratung von Kommunen zur Schaffung von lokalen Anlaufstellen für das Ehrenamt weiter fördern. Darüber hinaus werden wir in den Kommunen die Einrichtung von Koordinationsstellen für Freiwilligenarbeit (z. B. über landkreisweit tätige Freiwilligenagenturen) durch eine Anschubfinanzierung fördern.“

Hoffen wir, das hier nicht nur ein geduldiges Papier zitiert wird. Diese kommunalen Koordinationsstellen wären eine so wichtige nächste Etappe, die nach der Einrichtung des Landesnetzwerkes mit seiner Zentrale und seinen Subzentren oder Aktivitätsknoten (wie Lagfa, SEKO, Familien- und Mütterzentren) auf der Agenda stand. Das war bereits eine wichtige Reformposition, die die Expertenkommission im Bayr. Sozialministerium 2002 in ihren Empfehlungskatalog aufgenommen hatte und der auch in der Vorlage des Sozialministeriums

für den Ministerrat enthalten hatte. Die Kirch-Pleite hat eine Realisierung damals verhindert. Hoffen wir, dass die LBS-Krise und ihre unabsehbaren Konsequenzen für die Landesfinanzen nicht eine neue Realisierungsblockade darstellt.

Aber dieser Aktualitätsbezug soll nicht den Blick auf mein Thema verstellen. Ich werde im folgenden meine Bilanz der Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik vorlegen und dann – eher mit dem Blick auf Bayern – die Frage aufwerfen, wie denn Fortsetzungskapitel der Erfolgsgeschichte des bürgerschaftlichen Engagements aussehen könnten.

BÜRGERGESELLSCHAFT – ZWISCHEN HOFFNUNG UND BESORGNIS

Die Idee der aktiven Bürgergesellschaft hat zur Zeit nicht gerade eine Spitzenplatz in der Hitparade politisch aktueller Themen, obwohl ihre Umsetzung gerade jetzt von größter Bedeutung wäre. Das war vor einiger Zeit deutlich anders. Der Bundestag hatte in der Legislaturperiode 1998 – 2002 eine Enquete-kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt, die einen gewaltigen Ausstoß von papierenen Empfehlungen produzierte. Auch durch das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 ist dem Thema Freiwilligenengagement sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die politisch hochgehängten Diskurse zur Zivilgesellschaft sind seltener geworden. In der Regierungserklärung für die Legislaturperiode 2002 – 2006 kam das Thema kaum mehr vor und auch die darauffolgende Periode hat das nicht korrigiert. Das ist umso erstaunlicher, als die Politik immer mehr Verantwortung an die Bürger weiterreichen möchte, allerdings meist verkürzt auf die Perspektive, dass die Risikovorsorge vom Staat auf den einzelnen verschoben werden soll. Es ist keine Perspektive der aktiven Beteiligung von Bürgern an der Entwicklung des Gemeinwesens erkennbar, sondern eher eine Stimmung der Demoralisierung, die auf einer fatalen Koalition von Bürgerverdrossenheit der Politik und Politikerverdrossenheit der Bürger beruht.

Warum hat das Interesse an zivilgesellschaftlichen Diskursen und Projekten nachgelassen? Dieser Aufmerksamkeitsverlust steht in einem eklatanten Widerspruch zu dem, was wir über das Freiwilligenengagement in Deutschland wissen. Der Freiwilligen-survey von 1999 hat gezeigt, dass zu dem bereits hohen Niveau von etwa einem Drittel der Bevölkerung (34%), die sich engagieren, ein

weiteres knappes Drittel (26%) hinzukommt, das am Engagement interessiert sind. Der gerade durchgeführte zweite Freiwilligensurvey zeigt, dass sich die Zahlen nach fünf Jahre noch erhöht haben (36% engagiert und 32% am Engagement interessiert). In diesem Zusammenhang hatte Helmut Klages von einem „brachliegenden Potential“ oder - noch dramatischer in der Formulierung - von einer „riesigen ‘schlafenden Ressource’“ gesprochen und diese Ressource ist offensichtlich weiter gewachsen. Man könnte vom „Dornröschen“-Phänomen der Bürgergesellschaft sprechen. Wie könnten diese „schlafenden Ressourcen“ aufgeweckt werden? Ich beobachte bei dem Bericht solcher Zahlen eine gewisse Ratlosigkeit, die sich in solchen Fragen artikuliert: Wo sind denn diese potentiell Engagierten und wie kann man sie denn erreichen und zu konkreten Projekten ermuntern? Als eine Antwort auf diese Frage sind die Freiwilligen-Agenturen entstanden, aber sie haben das Dornröschen noch nicht aus dem Tiefschlaf geholt. Vielleicht sind diese Zahlen zu oft gebetsmühlenartig wiederholt worden, ohne dass konkrete Handlungsmöglichkeiten erkennbar gewesen wären. Das schafft einen Vorrat resignativen Wissens.

Die Freiwilligenkultur in der Bundesrepublik, aber auch in anderen entwickelten Industriegesellschaften, erfuhr jedenfalls bis vor kurzem wachsende Beachtung. Politiker aller Parteien und Fachleute beugen sich in bemühter Aufmerksamkeit über den Freiwilligensektor unserer Gesellschaft. In dieser Haltung bündeln sich Sorge, Interesse und auch Begehrlichkeiten.

Die *Sorge* entsteht, wenn traditionsreiche Organisationen vermelden, dass bei ihnen das Freiwilligenengagement abbröckelt und aus solchen Indikatoren wird dann nicht selten der Schluss gezogen, dass Menschen sich zunehmend nur noch um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern wollen und nicht mehr bereit seien, sich für Menschen in Not oder die Gemeinschaft zu engagieren. Auch die Zukunft der Demokratie wird in diesem Zusammenhang zum Thema und sorgenvoll die Frage aufgeworfen: Werden denn Menschen, die an ihrer eigenen Selbstverwirklichung arbeiten, genügend an den öffentlichen Angelegenheiten interessiert sein und sich entsprechend engagieren?

Das *Interesse* am Engagement von Freiwilligen entsteht aus der Vermutung, dass sich der gesellschaftliche Strukturwandel, der sich im Gefolge von Individualisierungs- und Globalisierungsprozessen vollzieht, nicht in klassischen Politikformen des „fürsorglichen“ oder „obrigkeitlichen Staates“ bewältigen lässt, sondern mehr Eigeninitiative und Mitwirkungsformen der Bürgerinnen und Bürger erfordert. Die Fragen, die in Wissenschaft und Politik daraus resultieren,

beziehen sich darauf, wie sich Menschen in Selbsthilfe und Selbstorganisation an zukunftsfähigen Lösungen für die gesellschaftlichen Folgen wachsender Flexibilisierung und Mobilität beteiligen.

Und die *Begehrlichkeiten* entstehen aus den fiskalischen Engpässen von Politik, Verwaltungen und auch Verbänden, die nach Möglichkeiten suchen, dass Menschen Anforderungen der Daseinsbewältigung und –vorsorge mehr in Eigenregie nehmen, um darüber Spareffekte bei öffentlichen Ausgaben zu erzielen. Es ist die Hoffnung auf ein bürgerschaftliches „Notstromaggregat“. Viele öffentliche Aussagen über die Freiwilligenarbeit kommen aus dieser Motivlage heraus. Auf diesem Hintergrund ist das Interesse am Freiwilligensektor gewachsen, aber es ist auch wichtig, sich in diesem Feld unterschiedlicher und widersprüchlicher Erwartungen zu positionieren.

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Phase des gesellschaftlichen Wandels, der mit Schlagworten wie Globalisierung, Pluralisierung und Individualisierung angedeutet ist. Dieser Wandel erfasst nicht nur den ökonomischen und politischen Bereich, sondern bedeutet – in den Worten von Manuel Castells (1996, S. 477) einen „qualitativen Wandel in der menschlichen Erfahrung.“ Die Konsequenzen einer sich herausbildenden globalen Netzwerkgesellschaft „breiten sich über den gesamten Bereich der menschlichen Aktivität aus, und transformieren die Art, wie wir produzieren, konsumieren, managen, organisieren, leben und sterben“ (Castells 1991, S. 138). Von diesem Wandel ist auch das freiwillige soziale Engagement betroffen. Es löst sich aus den milieuspezifischen Kontexten, in denen traditionelle Engagementformen ihre spezifische Paßform gefunden hatten. Folgende Bilanz zum Freiwilligenengagement lässt sich ziehen:

- 1) Das freiwillige Engagement geht nicht zurück, sondern unterliegt einem charakteristischen Wandel: Weg von dem klassischen Ehrenamt, das seinen „Nachschub“ aus traditionsreichen sozialen und weltanschaulichen Milieus bezogen hat, hin zu einem Engagement, das sich aus Motiven einer selbstbestimmten Lebensführung speist.
- 2) Die „Anlagesphären“ für das vorhandene soziale Kapital verändern sich als Konsequenz dieses Motivwandels. Weil sich Menschen mit ihrem Engagement nicht mehr selbstverständlich in den vorhandenen Strukturen von Politik und Organisationen verorten wollen, bedarf es neuer Handlungsangebote. Da diese noch nicht existieren, gibt es ein „frei flottierendes Potential an Gemeinsinn“, ein „brachliegendes Potential“ oder -

noch dramatischer in der Formulierung - eine „riesige ‘schlafende Resource’“¹.

- 3) Die Idee einer entwickelten Zivilgesellschaft braucht eine bürgernahe „Erdung“ und Realisierung. Sie lebt aus der Identifikation mit demokratischen Spielregeln im Sinne eines partizipativ und solidarisch orientierten Gemeinwesens, in dem die öffentlichen Angelegenheiten zu Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden, die sich in diese Angelegenheiten einmischen, sie nach ihren Vorstellungen und Interessen zu gestalten versuchen, die aber auch akzeptieren, dass in einer pluralistischen Gesellschaft keine Instanz, keine Person und keine Gruppierung für sich beanspruchen kann, über die einzig richtige Lösung zu verfügen. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement kann am ehesten im kommunalen Raum praktiziert werden und deshalb müssen entsprechende Förderstrukturen in den Gemeinden entwickelt werden².

FREIWILLIGES ENGAGEMENT LÖST SICH AUS DEN SOZIALEN FIGURATIONEN TRADITIONELLER MILIEUBINDUNG

Wenn man sich die immer beschriebene und empirisch gut gesicherte Diskrepanz zwischen der Erosion von Engagementbereitschaft bei traditionellen Institutionen und dem wachsenden Engagement in anderen Feldern freiwilliger Tätigkeit vergegenwärtigt, dann steht die Frage nach der stimmigen Passung zwischen Engagementmotiven und –potentialen einerseits und gesellschaftlichen „Gelegenheitsstrukturen“ andererseits zur Diskussion. Klassische Milieus schufen kollektive Identifikationen und bündelten Motivlagen, auf die sich Kirchen, Parteien, Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände einigermaßen verlassen konnten. Die Passung zwischen ihren Aktivitäten und den Motivlagen der Individuen schien gesichert zu sein. Eine eigenständige und unabhängige Mittlerrolle zwischen individuellen Motiven und institutionellen Gelegenheitsstrukturen war in aller Regel nicht erforderlich. In den verschiedenen Milieus wurde durch sozialisatorische Leistungen diese Passung gefertigt. Mit dem zunehmenden Abschmelzen oder der Erosion traditioneller Milieus geraten gera-

¹ Diese einprägsamen Formulierungen stammen von Helmut Klages, die in unterschiedlichen Publikationen von ihm immer auftauchen (vgl. etwa Klages, Helmut & Gensicke, Thomas (1999). Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyrer Forschungsberichte Nr. 193. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.

² Dazu meine Expertise zur Enquetekommission des Deutschen Bundestages: Keupp, Heiner (2003). Lokale Einrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements: Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros u.Ä. – Chancen und Restriktionen. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen. Opladen: Leske + Budrich, S. 13 – 52.

de diejenigen institutionellen Handlungsfelder in Not, die ohne große eigenen Initiativen aus diesen Milieus personellen Nachschub erhielten. Auf die bewährten Rekrutierungsmechanismen scheint man sich nicht mehr problemlos verlassen zu können. Diese Erfahrung wird oft mit einer allgemeinen Klage über die „Ego-Gesellschaft“, den Verlust von gemeinwohlorientierten Werten oder den Zerfall von elementaren Formen der Vergemeinschaftung beantwortet. Statt einer Verfallsdiagnose ist aber eine Wandlungsdiagnose erforderlich. Verfalls- oder Zerfallsdiagnosen haben in Phasen gesellschaftlichen Umbruchs immer Hochkonjunktur und das ist nicht erstaunlich, denn das ist ja ein Wesensmerkmal jeder dynamischen Entwicklung, dass etwas aufbricht, bislang selbstverständliche Muster nicht mehr tragen und neu gestaltet werden müssen.

Vor allem die individualisierungstheoretisch inspirierte Netzwerkforschung zeigt, dass sich die Beziehungsnetze der Menschen nicht einfach auflösen und an ihre Stelle die atomisierten Subjekte treten. Wir haben es nicht mit einem Verlust, sondern mit einem „Formwandel sozialer Integration“ (Habermas 1998) zu tun. Die Beziehungsmuster sind nicht (mehr) in starr-fixierten Rollen kodifiziert, die - wie bei den klassischen Geschlechterrollen - wie Zahnräder ineinander greifen. Aber das empirisch unterstützte „nüchterne Auge“, das nicht in rückwärts gewandter romantisierender Verklärung Zwangsgestalten sozialer Lebensformen zu ontologisch oder emotional unverzichtbaren individuellen Ankerpunkten erklären muß, sieht in den enttraditionalisierten sozialen Beziehungen nicht Zerfall oder Desintegration, jedenfalls nicht als all überall sich durchsetzendes Muster. Dieser ausgenüchtere Blick sieht im gesellschaftlichen Durchschnitt Subjekte, die ihr eigenes Beziehungsfeld selbst managen, mit großer Souveränitäten Zugehörigkeiten und Abgrenzungen nach eigenen Bedürfnissen regeln und sich durchaus nicht als isolierte „Einsiedlerkrebse“ beziehungslos in sozialen Wüsten verlieren. Auch die in den meisten Verfallsdiagnosen enthaltene Vermutung, daß die individualisierten „Ichlinge“ keine Bereitschaft und Fähigkeit zur Alltagssolidarität entwickeln würden, ist empirisch schwer zu halten.

Einzig die selbstverständliche Bereitschaft der Subjekte, das eigene Engagement in den Restformen traditioneller gesellschaftlichen Aktionsfelder (z. B. der Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften) zu organisieren, hat nachweislich Einbrüche erlebt und diese Entwicklung verweist ja nicht auf Desintegration, sondern eben auf einen „Formwandel sozialer Integration“. Ein gewachsenes Bedürfnis nach und eine mitgewachsene Fähigkeit zu selbstbestimmtem und kommunikativ hergestellten Lebensmustern verweist auf eine gesellschaft-

liche Ungleichzeitigkeit, die mit einer klagend vorgetragenen Anomiediagnose in aller Regel verfehlt wird.

Spannend ist es ja vielmehr, den Formenwandel sozialer Beziehungen genauer zu untersuchen. Da wird man z.B. an Stelle zwangsförmig gelebter Nachbarschaften in aller Regel einen souveränen Umgang mit Nähe- und Distanzbedürfnissen finden. Oder nachbarschaftliche Unterstützungen in praktischen Alltagsangelegenheiten werden nicht durch bezahlte Dienstleistungen, sondern durch effiziente Tauschringe ersetzt, in denen sich eine neue geldwertunabhängige Haushaltsökonomie entfaltet. Wenn man das Verschwinden spezifischer sozialer Integrationsformen wie die engen Netzwerkverbindungen in homogenen Arbeiterbezirken als Indikator für Desintegration nimmt, dann wird man in reichem Maße fündig. Nimmt man die neuen Netzwerke spezifischer ethnischer Bevölkerungsgruppen, dann ergibt sich ein durchaus anderes Bild. Nimmt man die traditionellen Organisationsmuster ehrenamtlicher Tätigkeit, dann schlägt der Desintegrationszeiger auf dem verfallstheoretisch geeichten soziologischen Geigerzähler kräftig aus. Nimmt man die neu entstehenden Freiwilligenzentren als Messziffer, kommt hingegen ein ganz anderer Befund heraus. Oder nehmen wir das Pilzgeflecht von Selbsthilfegruppen, das sich überall entfaltet, auch dieses wird man nicht als Beleg für gesellschaftliche Desintegration werten dürfen.

Auf dem Hintergrund dieser Datenlage ist einerseits danach zu fragen, welche neue Engagementformen haben sich in den vergangenen Jahren herausgebildet und wie könnten sie so weiterentwickelt werden, dass sie als „Gelegenheitsstrukturen“ für potentiell interessierte BürgerInnen genutzt werden können.

LERNPROZESSE FÜR EINE VITALE BÜRGERGESELLSCHAFT

Der gesellschaftliche Modernisierungsschub, der vor allem seit den 70er Jahren den gesellschaftlichen Grundriss der Bundesrepublik nachhaltig verändert hat, hat in Form neuer sozialer Bewegungen und Initiativen auch eine selbstaktive Gestaltungskraft hervorgebracht. Für viele neue Probleme des Alltags gab es in den traditionellen Strukturen alltäglicher Lebenswelten keinen Lösungsvorrat, auf den man einfach hätte zurückgreifen können. Für eine Reihe von neuen biographischen Konstellationen (wie z.B. die weibliche Doppeloption Familie und Beruf oder Erfahrungen von Vorruhestand) gab es keine institutionell abgesicherten Lösungsmöglichkeiten und in vielen Bereichen war das Vertrauen

auf „das Bewährte“ erschüttert und gerade die neuen sozialen Bewegungen verstanden sich als kollektive Zukunftswerkstätten, in denen – im Sinne des „demokratischen Experimentalismus“ – neue Lösungsentwürfe erprobt wurden. In einer Vielzahl konkreter Projekte wurden neue Wege erprobt. Diese Projekte lassen sich verstehen als ‚soziale Experimentierbaustellen‘, als ‚emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse‘“ deuten (Helbrecht-Jordan 1996, S. 107).

Wir haben es mit mehreren Lernprozessen zutun, die zeitlich teilweise nacheinander bzw. parallel erfolgt sind. Sie haben sich teilweise unabhängig voneinander entwickelt oder voneinander profitiert. Insgesamt stellen sie ein gesellschaftliches Erfahrungsfeld dar, das man im Anschluss an Manuel Castells (1997) unter der Überschrift „Projekt-Identitäten“ als ein Feld gemeinsamer Suche nach zukunftsfähigen gesellschaftlichen Lösungen abhandeln könnte. Ihr Entstehungsprozess läuft in aller Regel über irgendeine Form von widerständiger Identität, aber sie bleibt nicht in der Verteidigung partikularistischer eingespielter Lebensformen stehen, sondern entwirft Vorstellungen neuer selbstbestimmter Identitätsfigurationen in einer zivilgesellschaftlichen Perspektive, die in ihrem Anspruch universalistisch ausgerichtet ist. Projekt-Identitäten bilden sich in sozialen Bewegungen (z.B. Frauenbewegung) heraus, in Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements.

INTEGRIERTE KOMMUNALE INFRASTRUKTUR ZUR FÖRDERUNG BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Eine Bilanzierung der verschiedenen Initiativenfelder zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements wie die Freiwilligen-Agenturen, die Selbsthilfekontaktstellen und die unterschiedlichen Ansätze der Familienselbsthilfe ergibt ein Patchwork vielfältiger Formen der Freiwilligentätigkeit und nur die relative Zersplitterung dieser Felder kann zu dem Eindruck führen, dass in der Bundesrepublik – verglichen mit vergleichbaren europäischen Staaten – eine starke Unterentwicklung des Engagements gegeben sei. Auch die Bundesrepublik hat eine reiche und vielfältige Freiwilligenkultur, sie ist nur in ihrer sektoralen Aufsplitterung zu wenig als eine solche Kultur wahrgenommen, wertgeschätzt und gestaltet worden. In allen Engagementfeldern kann eine ähnliche Erfolgsgeschichte erzählt werden: „Wo bürgerschaftliches Engagement durch entsprechende Einrichtungen unterstützt wird, hat es sich quantitativ und qualitativ ausgeweitet“ (Braun & Bischof 1999, S. 203). Für alle genannten Engagement-

felder gilt mehr oder weniger, dass sich Menschen aus eigenem Impuls engagieren, um für sich Problemlösungen zu finden und zusammen mit anderen eigene Vorstellungen für die Lösung zukunftsweisender Fragen zu entwickeln und umzusetzen.

Für die Gewinnung von zukunftsfähigen kommunalen Gestaltungsfaktoren für eine nachhaltige Förderung bürgerschaftlichen Engagements sind die sechs kritischen Erfolgsfaktoren wichtig, die die KGSt (1999, S. 3 – 5) formuliert hat:

1. Das Selbstverständnis der kommunalen Akteure: Erforderlich ist die Erkenntnis, „dass sich durch die Förderung von Mitgestaltungsprozessen die Chance bietet, eine neue Qualität politischen Handelns zu verwirklichen.“
2. Die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: „Ohne die aktive Mitwirkung der eigenen Mitarbeiter/innen wird die Förderung des Bürgerengagements scheitern.“
3. Aktivierende, unterstützende und begleitende Elemente: „Informationen und Angebote müssen sich an bestimmte soziale Gruppen in ihren jeweiligen Lebenssituationen wenden. Am wirkungsvollsten ist das, wenn dies gemeinsam mit bereits bestehenden Gruppen/Initiativen und Verbänden geschieht. Darüber hinaus sollte ein Angebot bestehen, engagierte Bürger/innen fachlich zu beraten und ihnen Weiterqualifizierungen zu ermöglichen.“
4. Eine kommunale Infrastruktur, die Engagement unterstützt: „Von großer Bedeutung ist eine Anlauf- und Informationsstelle, die gleichzeitig auch Koordinierungs- und Vernetzungsdrehscheibe ist. In einigen Modellprojekten gibt es positive Erfahrungen mit einer ‚Agentur für Bürgerengagement‘. Sie kann in unterschiedlicher Trägerschaft sein. Vermieden werden muß allerdings, daß sie für die Interessen eines Trägers vereinnahmt wird. Darüber hinaus muß vermieden werden, daß Parallelstrukturen geschaffen werden.“
5. Der verwaltungsinterne Prozess zur Förderung des Bürgerengagements: „... in der Regel nicht vorhanden, ist ein gemeinsames, verwaltungsintern abgestimmtes Handeln zur Förderung des Bürgerengagements.“
6. Das Zusammenwirken von Bund, Land und Kommunen: „Insgesamt zeigen die Erfahrungen, daß die Weiterentwicklung des Bürgerengagements am effektivsten an Ort und Stelle in der Kommune geleistet werden kann. Der Bund sollte die Bemühungen der Kommunen durch die Gewährung günstiger Rahmenbedingungen unterstützen. (...) Die Rolle

der Länder sollte vor allem darin bestehen, sich an der infrastrukturellen Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements zu beteiligen.“

Die beschriebenen Lernprozesse des Selbsthilfesektors, der Familienselbsthilfe, der Seniorenbüros, der Freiwilligenagenturen und der lokalen Agenda-21-Projekte weisen vielfältige Gemeinsamkeiten und sich überlappende Tätigkeitsfelder auf. Ein zentraler Punkt bei allen fünf Erfahrungsfeldern ist ihre bislang unzureichende institutionelle Gestaltung und die mangelnde finanzielle Absicherung. Es steht deshalb als zentrale Forderung im Raum, für diese existierenden Bausteine einer gelebten Zivilgesellschaft zukunftsfähige Rahmenbedingungen der institutionellen, finanziellen und professionellen Ausstattung zu sichern. Lösungsempfehlungen könnte dabei zwei Strategien verfolgen: Entweder wird für jeden Bereich nach Ressourcen gesucht, die dessen Stabilisierung und Verstetigung sichern könnten oder man sucht nach einer integrativen Verbundlösung, die von der Voraussetzung ausgeht, dass bürgerschaftliches Engagement nicht sektoral fraktioniert werden sollte, sondern schon im Förderkonzept eine synergetische Zusammenführung der Ressourcen aus den unterschiedlichen Erfahrungsfeldern anstrebt. Ein entscheidender politischer Gestaltungsschritt könnte darin bestehen, die verschiedenen Formen des gelebten Bürgerengagements unter einem Dach zu vereinigen und die Idee einer „kommunalen Infrastruktur zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“ in seinen Umsetzungsmöglichkeiten zu erproben.

Bei institutionellen Arrangements wird man sinnvollerweise nicht über die lokalen und regionalen Besonderheiten hinweg ein Standardstruktur setzen können, aber es ist sicher sinnvoll einige zentrale Rahmenfigurationen zu benennen:

1. Ein kommunal-regional zentriertes Förderzentrum für bürgerschaftliches Engagement soll aus der vorhandenen Aktivitätsmasse geformt werden. Insoweit Selbsthilfekontaktstellen, Familienselbsthilfezentren, Seniorenbüros oder Freiwilligenagenturen bestehen, sollen sie eine aufgabenzentrierte Verbundlösung schaffen.
2. Ein solches Förderzentrum soll eine zielgruppenorientierte Binnendifferenzierung aufweisen, um unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse ansprechen und aufnehmen zu können. Es sollte Bereiche wie Soziales, Gesundheit, Kultur, Ökologie und Sport abdecken.
3. Eine integrative kommunale Förderstelle sollte entweder verbandsunabhängig sein oder durch eine plurale Trägerplattform (unter ver-

pflichtender Einbeziehung von Kommune oder Kreis) die erforderliche Handlungsautonomie gewinnen. Vor allem klassische Wohlfahrtsverbände sollten nicht die alleinige Trägerregie über eine Förderstelle haben, da es sie mit ihrer Zentrierung auf soziale Aufgaben, zu wenig querschnittsorientiert sind.

4. Erforderlich ist ein politisch förderliches Klima, in dem bürgerschaftliches Handeln als zentraler Bestandteil der politischen Kultur geschätzt wird. In zahlreichen Kommunen und Ländern herrscht immer noch folgende Haltung vor: "Die Stabilisierung und Aktivierung der Ressourcen und Potentiale, die von den Bürgern in vielen bürgerschaftlichen Gruppen und Organisationen erbracht werden, wird als eine nachrangige Aufgabe und als freiwillige Leistung betrachtet, die mangels Finanzen oft nur in reduzierter Form umgesetzt wird" (Braun & Bischof 1999, S. 204).
 5. Für eine produktive zivilgesellschaftliche Handlungsperspektive bedarf es einer kooperativ gestalteten Schnittstelle zur Kommunalverwaltung. "Es zeichnet sich ein Paradigmenwechsel in der Engagementförderdiskussion ab. Das Verhältnis der von Kommunalverwaltungen und von den Bürgern zu erbringenden Leistungen muß neu bestimmt werden" (S. 205). Kooperation muss von beiden Seiten gewollt sein. Eine Verwaltung, die sich selbst die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zum Ziel gesetzt hat, wird dies nicht in splendid isolation erreichen können, sondern braucht Partner in zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, mit denen zusammen dann eine innovative institutionelle Gestalt gesucht werden kann.
 6. Freiwillig Engagierte zeigen in allen vorliegenden Untersuchungen einen ausgeprägten Wunsch nach Supervision, Qualifizierung und Weiterbildung. Auf diesem Hintergrund ist eine enge Kooperation mit Bildungswerken anzustreben, bei denen in aller Regel – neben verbandseigenen Qualifizierungsmaßnahmen - auch schon ein großes Reservoir an know how in den Bereichen Freiwilligenqualifizierung und –management besteht.
 7. In die zu entwickelnde kommunale Förderstruktur für bürgerschaftliches Engagement braucht auch eine Schnittstelle zum Bildungsbereich, denn gerade Kinder und Jugendliche sollten systematisch an die neue Freiwilligenkultur herangeführt werden. Dazu sind neben den Jugendverbänden vor allem auch Schulen³ gefordert und speziell auch der Bereich, in dem Heranwachsende aus benachteiligten Milieus und Familien an Projekte des bürgerschaftlichen Engagements herangeführt werden sollten.
-

8. In den kommunalen Förderstrukturen für Engagementaktivierung ist eine ausreichende Finanzierung notwendig, damit eine differenzierte und professionelle Profilbildung möglich ist. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass die Formel gilt, dass eine Kommune umso mehr aus der Freiwilligenkultur zurückbekommt, je mehr sie investiert.
9. Die kommunalen Initiativen zu innovativer Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe brauchen eine überregionale Vernetzung. Angesichts der starken länderspezifischen Besonderheiten braucht es Zusammenschlüsse auf der Länderebene (wie zum Beispiel das Bayernnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement oder das „Städtenetzwerk NRW“, das unter dem Slogan steht „Soziale und kulturelle Infrastruktur für morgen“) und auf der Bundesebene (wie etwa NAKOS oder das „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“).

UND WIE KÖNNTE DIE FORTSETZUNG DER ERFOLGSGESICHTE AUSSEHEN?

Als 2002 die Expertenkommission der Sozialministeriums seine Empfehlungen vorgelegt hat, hat er u.a. 9 Empfehlungen formuliert:

KERNEMPFEHLUNGEN FÜR STAATLICHES HANDELN ZUR FÖRDERUNG VON BÜRGERSCHAFTLICHEM ENGAGEMENT

1. Ein „Bayernnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ schaffen;
2. Anreize setzen, finanzielle Hilfen für Kommunen;
3. „Best practice“-Modelle fördern;
4. Ausbau der Anerkennungskultur;
5. Offensiven im Bildungsbereich;
6. Gerechte rechtliche Rahmenbedingungen schaffen;
7. Vorbildfunktion als Arbeitgeber nutzen
8. BE-Förderung als Querschnittsaufgabe begreifen
9. Neue Wege gehen: BE als Förderprinzip

Die erste dieser Empfehlungen ist umgesetzt worden und damit zugleich eine Infrastrukturbildung auf der Landesebene erfolgt, die für den Freiwilligensektor als ein qualitativer Sprung anzusehen ist. Die zweite Empfehlung gehörte 2002 in den Katalog, der in einer Vorlage des Sozialministeriums enthalten war und die damals – wie schon anfangs angesprochen – an der Kirch-Pleite schei-

terte. Diese Empfehlung, die lokalen, kommunalen Fördersysteme anzuschieben, ist jetzt fällig und in der Koalitionsvereinbarung enthalten. Wird diese Vereinbarung eingehalten, dann bekommt das Landesnetzwerkwerk einen „Unterbau“, den es in vielfältigen lokalen Initiativen punktuell längst gibt, der aber ohne Anschlag des „aktivierenden Staates“ nicht flächendeckend entstehen kann. Wenn dieser Schritt gelingt, dann erhalten das Landesnetzwerk und seine Knoten wichtige neue Aufgaben und ein Wurzelwerk, ohne das landesübergreifende Pflanzungen keinen lebensnotwendigen zivilgesellschaftliche Nähr- und Mineralstoffe erhalten würden.

Ich habe oben von den 'soziale Experimentierbaustellen' gesprochen, die den Freiwilligensektor zu einem Innovationsgenerator hat werden lassen, der immer wieder „emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse“ zu geben versucht hat. Das ist aber nicht rückwärtsgewandt eine sinnvolle Funktionsbeschreibung des bürgerschaftlichen Engagements. In ihm steckt auch ein großes Zukunftspotential. Ich möchte es an drei mir wichtigen Bereichen exemplifizieren:

1. Wie sollen die positiven wie problematischen Konsequenzen des demokratischen Wandels bearbeitet und gestaltet werden, wenn sich nicht aktive Bürgerinnen und Bürger - durchaus aus Eigeninteresse - für zukunftsfähige Projekte im Feld der Wohn- und Lebensformen im Alter engagieren? Eine klassische staatliche Lösung wird es hier ganz sicher nicht geben.
2. Wie soll die Integration von Zuwanderungsbewegungen gelingen, die in einer globalisierten Welt nicht nur Fakt, sondern auch notwendig sind, wenn ihr vielfältiges Freiwilligenengagement in den Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund nicht wahrgenommen und gefördert wird? Hier sind wichtige brückenbildende Formen der interkulturellen Kommunikation und Kooperation erforderlich.
3. Wie soll die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements aussehen, wenn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von einem hochtourigen Bildungssystem so absorbiert werden, dass sie für selbstbestimmte, freiwillige Aktivitäten immer weniger Zeit haben? Sorgenvoll sehe ich hier die Entwicklung im Schul- und Hochschulwesen. Aber es geht nicht nur um die Rekrutierung von Nachwuchs für den Ehrenamtsbereich, sondern um den drohenden Verlust von Möglichkeiten des Kompetenzerwerbs für ein selbstbestimmtes Leben.

LITERATUR

- Braun, Joachim, Abt, Hans Günter, Bischoff, Stefan: Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Köln/Leipzig: ISAB-Verlag 2000.
- Braun, Joachim & Bischoff, Stefan: Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen: Motive und Aktivitäten. Engagementförderung in Kommunen – Paradigmenwechsel in der offenen Alterarbeit. Band 184 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart: Kohlhammer 1999.
- Breitkopf, Helmut & Matzat, Jürgen: Bürgerengagement und Selbsthilfegruppen-Unterstützung. Ein kritischer Zwischenruf. In: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hg.): Selbsthilfegruppenjahrbuch 1999. Gießen: Focus Verlag, S. 154 - 159.
- Brunkhorst, Hauke (Hg.) (1998). Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Castells, Manuel: Informatisierte Stadt und soziale Bewegungen. In: M.Wentz (Hrsg.): Die Zukunft des Städtischen. Frankfurt: Campus 1991, S. 137 - 147.
- Castells, Manuel: The rise of the network society. Vol. I von The information age: Economy, society and culture. Oxford: Blackwell 1996 (deutsche Übersetzung 2001).
- Castells, M. (1997). The power of identity. Vol. II von The information age: Economy, society and culture. Oxford: Blackwell (deutsche Übersetzung 2002).
- Engelhardt, Hans-Dietrich, Simeth, Angelika, Stark, Wolfgang: Was Selbsthilfe leistet. Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Vertretungen. Freiburg: Lambertus.
- Evers, Adalbert: Begrenzte Anerkennung, oder: warum sind Solidaritäten und Gemeinschaftsbindungen nur beschränkt politikfähig? In: Fechter, Matthias (Hg.): Mut zur Politik. Gemeinsinn und politische Verantwortung. Fulda 1995, S. 115-128.
- Evers, Adalbert/Olk, Thomas (Hg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag 1996.
- Frankenberg, Günter: Solidarität in einer "Gesellschaft der Individuen"? Stichworte zur Zivilisierung des Sozialstaats. In: G.Frankenberg (Hg.): Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft. Frankfurt: Fischer 1994, S. 210 - 223.
- Frankenberg, Günter: Die Verfassung der Republik. Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp 1997.
- Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Frankfurt: Suhrkamp 1998.
- Hald-Hübner, Brigitte: Bürgerengagement in Nachbarschaftshilfen. In: Bayerischer Wohlfahrtsdienst, 49, 1997, S. 113 - 118.
- Heinze, Rolf G. & Keupp, Heiner: Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit, in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hg.), Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Anlageband, Band 3: Zukunft der Arbeit sowie Entkoppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung. Bonn 1998, S. 107 - 241.
- Helbrecht-Jordan, Ingrid: Familien zwischen Erosion und neuer sozialer Infrastruktur. Bielefeld: Kleine 1996.
- Hummel, Konrad (Hg.): Bürgerengagement. Seniorengenossenschaften, Bürgerbüros und Gemeinschaftsinitiativen. Freiburg: Lambertus 1995.
- Keupp, Heiner, Kraus, Wolfgang & Straus, Florian: Civics matters. Motivlagen, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement. In: U. Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt: Suhrkamp 2000.
- Keupp, Heiner: Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden. München: SOS-Kinderdorf 2001.
- KGSt: Bürgerengagement – Chancen für Kommunen. Köln: KGSt 1999.
- Klages, Helmut & Gensicke, Thomas: Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyrer Forschungsberichte Nr. 193. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 1999.
- Putnam, Robert D. (Hg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2001.
- Rosenblatt, Bernhard von: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und

bürgerschaftlichem Engagement. Band 1: Gesamtbericht. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer 2000.

Sozialreferat der Landeshauptstadt München (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement – was es leistet, was es braucht. Beitrag zur Sozialplanung 308. München 1998.

Sozialreferat der Landeshauptstadt München (Hg.): Soziales Engagement – Eine interessante Herausforderung für Firmen. Beitrag zur Sozialplanung 311. München 2000.

Wohlfahrt, Norbert: Auswirkung von Professionalisierung in Selbsthilfeorganisationen. In: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hg.): Selbsthilfegruppen-jahrbuch 1999. Gießen: Focus Verlag, S. 116 - 124.